

# Merseburger Tageblatt

Unparteiische Zeitung für (Kreisblatt) Stadt u. Kreis Merseburg

**Bezugspreis** für Post und Stadt freibleibend, Ortsbezugs monatlich, Postbezugs monatlich, Nachforderung vorbehalten. Erhöht merklich nachmittags. Einzelnummer 120 Mill., Sonnabend 150 Mill. Postfachkonto: Amt Leipzig Nr. 16 654. Geschäftsstelle: Alter-  
straße 4; Anzeigenteil: Gothastraße 38. Für unentgeltliche Zustellungen wird keine Gewähr geleistet.  
Erscheinungsort Merseburg, Im Falle 606. Sem. (Streich u. m.) besteht h. Anpr. a. Liefer. od. Rückvergr.



**Anzeigenpreis** Für den achtpoligen Millimeterraum 8 Goldpfennige; im Reklameteil 32 Goldpf.; für Schriftanzeigen und Nachmittagsanzeigen 21 Goldpf. nachfolgend.  
— Bei Umrechnung in Papiermark ist der amtliche Goldmarkkurs des Zahlungstages maßgebend.  
— Familienanzeigen ermäßigt. — Rabat nach Tarif. — Plagiaten ohne Verbindlichkeit. —  
Belegnummer wird berechnet. — Schluss der Anzeigen-Nachnahme 10 Uhr vorm. — Fernsprecher 100.

Nr. 12

Dienstag, den 15. Januar 1924

164. Jahrgang

## Ernüchterung in Berlin.

### Kabinettsrat über die Antwortnoten.

Die in dem Kabinettsrat vorliegende französische und belgische Antwortnote wird, wie wir bereits mitteilen, nach einer in Paris und Brüssel getroffenen Vereinbarung zunächst nicht veröffentlicht werden. Beratungen des Kabinetts über die durch die Noten und die mündlichen Erklärungen an die deutschen Geschäftsträger gestellten Forderungen finden erst am Dienstag statt, nachdem die deutschen Geschäftsträger von Herzog und Dr. Koebiger ihre Berichte erstattet haben. Auf Grund der bisher eingetroffenen Berichte läßt sich eine merkwürdige Abwägung

des ursprünglich vorherrschenden Optimismus feststellen, zumal jetzt die Erkenntnis wächst, daß die französische Forderung in erster Linie das Ziel verfolgt, durch Fortsetzung der allgemeinen Reparationsfragen eine Entlastung in den besetzten Gebieten zu bewirken.

Das gilt auch insbesondere für die Währungsfragen über die auf Grund der letzten Berichte der Führer der Rheinisch-Westfälischen Bank und der Reichsregierung eine Einigung noch nicht in Aussicht steht, zumal die Reichsregierung an ihren feierlich festgesetzten Bedingungen und Voraussetzungen festhält.

Die Stellungnahme der Reichsregierung zu den französischen und der belgischen Note kann sich möglicherweise noch verschärfen, wenn die durch eine plötzliche Entlastung erfolgte Veränderung der Dreifache Herrschaft von Doornik aus Paris anhält und der deutsche Geschäftsträger auch Montagabend noch nicht seine Abreise antreten kann.

### Halbamtlich wird hierzu folgendes gemeldet:

Die französische und die belgische Antwortnote sind im Laufe des Sonntags in Auswärtiger Amt übersezt worden. Da die beiden Noten zusammen 20 Seiten lang sind, hat eine Bearbeiterin dieser Dokumente seitens der zuständigen Reparationsstellen noch nicht begonnen. Das Wesentliche in dem Notenaustausch scheint zu sein, daß die Verhandlungen über die in den Noten berührten Einzelheiten offen bleiben, und daß der in dieser Hinsicht angeführte Stand nicht abgerufen ist. Man wird wohl damit rechnen müssen, daß die Diskussion zwischen Paris und Berlin sich in nächster Zeit keineswegs auf die in dem letzten Notenaustausch berührten Gegenstände beschränken, sondern sich vielmehr auf alle Fragen, die jetzt langsam schweben, erstrecken wird. Die in nächster Woche vorzunehmende für eine Verständigung über die deutsche Regierung nach wie vor die Bedeutung, daß die in der ersten Antwortnote in den besetzten Gebieten von den Einbruchsmächten in vollem Umfange anerkannt wird.

### Deutsche Sprache des Generals Dames.

Paris, 14. Januar. Das erste Sachverständigenkomitee, das sich mit dem deutschen Budget und mit der Stabilisierung der deutschen Währung zu beschäftigen hat, traf heute vormittag 11 Uhr am Sitz der Reparationskommission zu seiner ersten Sitzung zusammen. Der amerikanische General Dames, der den Vorsitz dieser Kommission übernimmt, hielt eine Rede, die nachhaltiges Aufsehen erregte, weil er in zwar verhaltenen, aber sehr deutlichen Worten die gegenwärtige Lage Europas, die immer mehr einer Katastrophe andränge, vor allem darauf zurückführte, daß ein Einvernehmen zwischen den Alliierten nicht herausstellen ließe.

General Dames äußerte sich mit geringfügigen Änderungen über alle bisherigen Arbeiten der Reparationskommission.

und der verschiedenen Sachverständigen seit 1918. Man habe nichts anderes zutage gebracht, als eine ungeheure Abstrichliste mehr oder weniger veränderter Statistiken, Reden und wirtschaftlichen Abhandlungen, die keinen Wert hätten. Die Reparationskommission habe endlich eingeschaut, daß das Reich im Brand stehe, und nunmehr habe sie vorgeschlagen, das Wasser zu finden, um diesen Brand zu löschen. Sie habe auch darauf verzichtet, rassistisch höhere mathematische Berechnungen anzustellen.

Das Sachverständigenkomitee wies in erster Linie einen Plan für die Wiederherstellung der deutschen Währung ausarbeiten und sich soann mit der Herstellung des Gleichgewichts im deutschen Budget beschäftigen. Man müsse Deutschland helfen, einen Weg zur Wiederherstellung seiner Produktionskraft zu finden, denn nur die Wiederherstellung der Produktionskraft ist der Ausgangspunkt für das Gedeihen Europas. Wenn Deutschland eine stabile Währung und sein Budget im Gleichgewicht gefunden habe, dann werden seine wirtschaftlichen Kräfte wieder befestigt sein, und dann erst wird man sich mit der Zahlungsfähigkeit Deutschlands beschäftigen können. Infolgedessen werde das Sachverständigenkomitee sich weniger mit dieser Zahlungsfähigkeit beschäftigen, weil diese erst in zweiter Reihe in Betracht komme.

### Schematische Beratungen.

Paris, 15. Januar. Die Mitglieder des Sachverständigenkomitees haben einen Vorschlag des Generals Dames angenommen, zunächst die Frage der Stabilisierung der deutschen Währung zu beraten. Berichte werden nur in außerordentlichen Fällen ausgearbeitet werden. Die Sachverständigen haben sich verpflichtet, auch privatim feierliche Mitteilungen über die Beratungen zu machen. Ob diese letzte Punkt den Tatsachen entspricht oder nur einen stillen französischen Wunsch darstellt, wird die nächste Zukunft zeigen.

### Frankreich widerlegt sich den Engländern in der Pfalzluntersuchung.

London, 14. Januar. London lehnte es ab, seinen Rüstungs-Generaloffizier auf der Pfalz in Inspektionsreise durch einen französischen Offizier begleiten zu lassen. Frankreich veranlaßte sich durch Entsendung eines seiner Offiziere in die Pfalz zur Unterstützung der dortigen Lage. Eine Kölner „Times“-Meldung kann diese Notwendigkeit nicht einsehen, da bereits 20 bis 30 wichtige französische Beamte mit großen Stäben in Köln eifrig beschäftigt seien, die französischen Ziele in den britischen Zone auszuführen, ganz abgesehen von dem üblichen französischen Schutzangehörigen.

Der britische Vorkorpost betonte gestern in langer Unterredung mit Poincare erneut, die Rheinlandkommission sei zu keiner politischen Aktion berechtigt, welche über die Bestimmung der Rheinlandgrenzen hinausgingen. Poincare verlangte, der Generaloffizier solle sich vorläufig von französischen Zivilbeamten begleiten lassen. Die hiesige Regierung betont die Unzulässigkeit, ihren Generaloffizier in Ausübung normaler Funktionen unter fremde Autorität oder Aufsicht zu stellen.

### Clives läßt sich nicht kontrollieren.

London, 14. Januar. Nach der „Times“ hat Clives die Begleitung eines französischen Offiziers auf seiner Reise in die Pfalz abgelehnt. Clives werde in Heidelberg mit den von den Separatisten ausgewählten Führern sprechen und werde nach Abschluß seiner Informationsreise mit Lord Kilmarnock konferieren.

### England unterfußt unparteiisch.

In einer Unterredung mit dem Heidelbergkorrespondenten des „B. Z.“ betonte der englische Generaloffizier Clives, daß England in der Pfalz Angelegenheit durchaus unparteiisch und korrekt vorgehen werde. Er habe bereits vorgeschlagen mit Vertretern der Pfälzer Parteien gebrochen, um sich über die Zustände zu unterrichten. Er werde auch die Separatisten hören.

In Mannheim werde er eine Unterredung mit Vertretern der Pfälzer Kirche haben und in Speyer dem General de Mey einen Besuch abstatten.

### Die englische Regierung gewährt den französischen einen Antrag.

London, 15. Januar. Das Auserliche Büro erfährt, daß die britische Regierung der französischen mitgeteilt habe, daß sie keinerlei Einwände gegen die Entsendung von zwei französischen Beamten nach Köln bezügl. ihrer Untersuchung dortiger Wirtschaftliche Verhältnisse, daß die gleichen Erleichterungen dem britischen Generaloffizier in München gewährt werden, der sich in einer ähnlichen Mission nach der Pfalz begibt.

### Ein „würdiger Nachfolger“.

Schwer, 15. Januar. Dem Reichsminister nach hat der wegen Schmutz- und Unterschlagung verurteilte Pfälzische Separatist „Major“ Kühn aus Speyer in der sogenannten vorläufigen Regierung als Nachfolger von Heinz-Dröb die Pfalzdirektorstelle übernommen.

### Keine Immunität für Hochverräter.

Unter dem 8. Januar hat der rheinische Separatistenführer „Major“ Kühn im Namen des rheinisch-westfälischen Unabhängigkeitsbundes auf Düsseldorf an den Reichstag folgende Anfrage gerichtet:

„Werden 'separatistische' Kandidaten, die für die nächsten Wahlen zu ihrem Parlament aufgestellt werden, falls sie als Volksvertreter gewählt sind, die Immunität genießen, also in voller persönlicher und parlamentarischer Freiheit ihr Amt erfüllen können?“ Auf dieses Schreiben hat Reichstagspräsident Löbe am Montag u. a. folgendes erwidert: „Die absolute Abgeordneten-Immunität nach Artikel 36 bezieht sich nur auf Äußerungen und Abstimmungen bei Ausübung des Abgeordnetenmandates im Reichstag selbst. Solche können bei Kühn vorläufig nicht in Frage kommen. Es erlaube mir Sie darauf hinzuweisen, daß der Geschäftsordnungsausschuß des Reichstages neuerdings die Praxis ähnl. bei Hochverratsprozessen die Genehmigung zur Strafverfolgung zu erteilen. Die hieraus für Sie sich ergebenden Schlüsse können Sie demnach wohl selbst ziehen.“

### Kommunistische Mißverhalte.

Düsseldorf, 15. Januar. Die Agitation für den wilden Generalstreik hatte bei der Straßenbahn und in den anderen städtischen Betrieben keinen Erfolg. In einzelnen Fällen von Ausschreitungen konnte die Polizei die Ruhe schnell wiederherstellen und die Arbeitswilligen schicken.

Essen, 15. Januar. Eine von kommunistischer Seite für heute nachmittag geplante Demonstration gegen die Abschaffung des Abfertigungstages wurde von der Polizei verhindert. Soweit bekannt, ist es zu kleineren Unruhmomenten nicht aber zu ernstlichen Ausschreitungen gekommen.

Düsseldorf, 15. Januar. Die kommunistische Freiheitliche von der französischen Befehlshaberbehörde bis zum 7. April verboten worden.

### Das neue Arbeiterpartei.

Essen, 15. Januar. Am Mittwoch, dem 15. Januar wird das neue Arbeiterpartei, die Vereinigung für die Verteilung und den Verkauf von Arbeiterpartei, seine Tätigkeit in dem von der Stadt Essen zur Verfügung gestellten Gebäude der Volkshochschule am Kurfürstentempel aufnehmen.

## Verrechnet.

Wenn die Gichtmischer, die vor dem großen Kriege in ihrer hundertfachen Heftigkeit den Franzosen zum Gebrauche hatten, der ganz Europa trank und elend gemacht hat, noch einmal vor der Frage ständen, ob oder nicht, sie würden ihre verbrochenes Werk noch doch nicht zum zweiten Male vollziehen. Mit Ausnahme vielleicht von Frankreich, das furchtbare Elend, das sie über fast die ganze alte Welt heraufbeschworen, die Berge von Leiden und Trümmern die sie aufhauften, haben ihnen allerdings keine Gewissensbedenken gemacht, denn dieses lächerliche Ding, das man Gewissen nennt, und das angeblich allen Menschen angeboren sein soll, haben die Greis, Poincare, Tsonoff, und wie die Schurke sonst heißen mögen, nie befehlen oder sich seiner läßt entledigt. Aber den Augen, den sie sich veripraden, hat keiner von ihnen erreicht: sie haben sich alle verrecknet.

Sich verrechnet, ist ärgerlich. Man muß das meist ganz vorn vorne anfangen, um den gemachten Fehler zu entdecken und zu verbessern. Soweit hat man sich nicht nach nicht. Das falsche Verhalten, der Schandfleck, ist von der Fabel der Weltgeschichte noch nicht weggeschafft. Aber es dämmert schon hier und da die Erkenntnis, daß man sich verrechnet hat. Und das ist schon etwas wert.

Mußland braucht bekanntlich mit französischer Hilfe langwierigen Krieg noch zu dauern, weil seine weiten Grenzen ihm noch zu eng waren und weil es hoffte, aus dem Sad des schwarzen Meeres herauszukommen und seinen alten Traum, Konstantinopel zu besitzen, jetzt verwirklichen zu können.

Und was ist geschehen? Seine Grenzen sind viel enger geworden, es hat Polen hergeben, an seiner Nordgrenze neue Staaten sich bilden lassen müssen, und Konstantinopel liegt ihm ferner denn je!

Frankreich hat seit 1870 Rache gebräutet, weil wir uns um ihm nicht haben begeben und des Rheins berauben lassen wollen, und uns das gestohlene Elend wieder geholt hatten. Nun, seine Rache hat es allerdings beibringt, Elend auf uns neu gebracht, Ähnen und Ruhr in seine Gewalt gebracht. Es ist unbestritten die stärkste Macht in Europa. Aber sein Feind, Deutschland zu vernichten, hat es doch nicht erreicht und wird es nie erreichen, auch wenn ihre Kommunisten, Separatisten und andere Gefährliche Hilfe leisten, falls wir uns nicht selber uns Leben bringen. Daß aber in seiner Rechnung auch sonst etwas nicht stimmt, zeigt das Sinken des Franz. Daß die Baluta eines besiegten Volkes abwärts geht, ist nicht zu verwundern, wenn aber die eines angeblich „siegreichen“ das Gleiche tut, dann stimmt da etwas nicht. Noch immer kam in der Weltgeschichte Hochmut vor dem Fall, und nach dem Höhepunkt kommt der Abstieg. Frankreich provoziert wie vor 120 Jahren eine Koalition ganz Europas gegen sich, der es ebenso sicher unterliegen wird, wie wir der Weltkoalition unterlegen sind.

Am meisten aber hat England sich geküßelt. Der Engländer sollte angeblich durch Niederwerfung des deutschen Konföderaten reich werden. Ist das der Fall? Gewiss das Gegenteil! Englands Handel breitet sich Stelle der Königs Zerstörung in der Kaiser Dollar getreten. Die Industrie weit eine Millionenfacher Arbeiterlohn, Amerika ist kein Gläubiger geworden und was es seinen Spießgesellen gebracht hat, kann es getrotzt in den Kaufmann schreiben.

Vor allem aber hat es sich in der äußeren Politik verrechnet. Gewiss, die von Ausland Indien drohende Gefahr ist beseitigt. Aber dafür muß es mit dem durch den Krieg gelegerten Selbstgefühl der Indier rechnen, die nicht immer werden Sklaven bleiben wollen, wie auch die Franzosen an ihren Marokkanen und Ägypten noch ihre Freude erleben werden. Vor allem aber hat England sich auf dem Festlande einen Gegner geschaffen, gegen den das bei aller Macht stets friedfertige Deutschland ein harmloser Feind sein kann.

Der alte Haß der beiden nur durch den ständigen getrennten Völkern wird eines Tages wieder zu heller Flamme emporkommen. Wir hätten England nie angegriffen, von Frankreich muß es sich besser mit jedem Tage verstehen. England fürchtet Frankreich, wenn auch britischer Stolz das nie eingestehen wird. Seit Gründung der Flugszeuge ist England keine Insel mehr. Der französischen Luftflotte hat es nichts Gleichwertiges entgegen zu setzen. Vier- undzwanzig Stunden nach Ausbruch des Konfliktes wäre London ein Trümmerhaufen. Aber England weiß, daß es sich um seine Stellung als Weltmacht und damit um seine Existenz überhaupt handelt. Darum wird es keine Luftflotte besitzen, und wenn das vollendet ist, dann beginnt der Kampf die Luftkämpfe aufzuheben. Dann aber ist es für uns die Stunde der Befreiung. England kann deshalb nicht vernünftigerweise tun, als Deutschland zu neuer Erstarkung zu helfen. Denn das ist außer dem mindereuropäischen Italien dann kein einziger und besser Bundesgenosse. Italien wird sich nicht besonders anstrengen, da es nichts gewinnen kann und auf Savoyen, das ihm ebenfalls geraubt, das Stammland seiner Könige verzichtet zu haben scheint. Aber uns winkt ein kostbarer Preis und darum wird England uns freundlich die Waffen in die Hand drücken, um uns für sich kämpfen zu lassen. Weider ist das eine unerhörliche Zugabe, aber es bietet uns die einzige Möglichkeit, wieder zu Freiheit und einem menschenwürdigen Dasein zu gelangen.

Sollten die englischen Staatsmänner das nicht einsehen? Zweifellose. Aber sie dürfen noch nicht wagen, den englischen Kaufleuten herauszufordern.







Die erste Stadtverordneten-Versammlung im neuen Jahre.

Merieburg, 14. Januar 1924.

Der Stadtverordnetenvorsteher Junfer eröffnet um 6 Uhr 10 Min. die erste Sitzung des Stadtparlaments im Jahre 1924 mit einigen Begrüßungsreden, die in dem Wunsche gipfeln, daß es der Gemeindeverwaltung auch in diesem Jahre gelingen möge, die Schwierigkeiten im Gemeindefelde zum Wohle der Stadt und ihrer Bevölkerung zu überwinden und geht dann sofort zur Tagesordnung über.

Punkt 1: Als Stadtverordnetenvorsteher und dessen Stellvertreter werden die Herren Junfer und Daniel wiedergewählt.

In Ausführung der Punkte 2, 3, 4, 5a und 6 werden die alten Mitglieder der Wahl-, der Haushaltungs- und Rechnungsprüfungskommissionen wiedergewählt, zu Punkt 6 wird die Abänderung der Vermögensverordnung vom 18. September 1923 dem Antrag des Magistrats gemäß angenommen. Punkt 7 fordert die Genehmigung eines Zuschlages von 110 Prozent zur staatlichen Steuer vom Grundvermögen.

Ueber diesen Punkt entspringt sich eine längere Debatte. Der Stadtv. Krüger erklärt zuerst das Wort und vertritt die Ansicht, daß mit allen Mitteln gegen die Entscheidung des Regierungspräsidenten angegangen werden müßte, der den Beschluß der Stadtverordnetenversammlung vom 5./10. Dezember (150 Prozent für unbedauerte und 100 Prozent für bebauete Grundstücke) nicht genehmigt hätte, da er nicht in der Lage wäre, gegen die Beschlüsse des Innenministers zu handeln.

Auch der Stadtv. Richter lehnt namens seiner Fraktion den Antrag ab. Herr Oberbürgermeister Herbig erhält darauf das Wort und führt aus, daß bisher noch nie von Seiten der Regierung in die Selbstverwaltung durch Erlass von Gesetzen so eingegriffen wurde, wie gerade in letzter Zeit und zwar, indem dem Antrag zustimmten, da der Stadt die Einführung dieser Steuer unbedingt schneidenspezifisch werden müßte aus den von uns bereits schon angeführten Gründen. Da die Zuschläge zu den Besoldungen der Beamten und Angestellten, die bisher 75 Prozent betragen, bereits am 1. Januar d. J. auf 50 Prozent herabgesetzt worden sind und sogar nach vorläufigen Mitteilungen des Stadtrates die Herabsetzung von Reichsfinanzministern auf nur 35 Prozent bestimmt ist, hat die Stadt nicht nur ein Viertel der Besoldung aufzubringen, sondern fast zwei Drittel.

Nachdem erhält der Stadtv. Richter nochmals das Wort und erregt sich in wertschätzenden Äußerungen über die Intentionen und Absichten der Beamten. Als er, aufstehend und unbewußt, daß er die seiner Fraktion angehörigen Beamten mit eingeschlossen hat, seinen Redeschluß damit beendet, daß er verlangt, daß das saule Holz unbedingt zur Erhaltung des gelamten Staatsvermögens abgefaßt werden müßte, entsetzt er nur ein lautes Lachen der Mehrheit der Anwesenden. Die nach Schluß dieser Debatte vorgenommene Abstimmung ergibt die Annahme des Magistratsantrages.

Ferner wird noch ein Zusatzantrag des Stadtv. Krüger angenommen, in dem zum Ausdruck gebracht wird, daß das Stadtverordnetenvorsteheramt Protest erhebt, daß gegen die Entschuldigungen und freie Verfügung der Selbstverwaltungen von Reichsseite hindern eingegriffen wird.

Punkt 8: Dem Magistratsantrag, die Hundesteuer für den ersten Hund auf 6 und jeden weiteren auf 9 Goldmark für jedes Vierteljahr festzusetzen, wird zugestimmt.

Punkt 9: Der Festsetzung eines anderweitigen Fluchtlinienplanes für die König Heinrichstraße wird ebenfalls zugestimmt.

Bei dem letzten Punkte der Tagesordnung: Antrag Wahlloz Ausweisung von Ausweisearten für den Zubehörraum im Sitzungssaal der Stadtverordneten

entspricht sich eine lebhaftige Auseinandersetzung unter reger Beteiligung der Zuhörer, die am allerbesten diese Forderung zu widerlegen glauben.

Am Sarkophag des Tutanchamon.

Der große Augenblick.

Es wurde bereits früher gemeldet, daß man nach mühsamen Vorarbeiten nunmehr bis zu dem Sarkophag des Pharao Tutanchamon vorgedrungen ist und ihn vollkommen unberührt gefunden hat. Der Berichterstatter der „Times“ entwirft von diesem großen Augenblick folgendes packende Bild:

„Ein größeres und erlebnisreicheres Substrat hat sich zu dieser „Premiere“ verlammt. Um 3 Uhr fliegen alle in das Grab hinab. Es war ein Augenblick, den alle Teilnehmer nicht so bald vergessen werden. Schon vor jeder großen Momente waren im vergangenen Jahr gewohnt, der eine, als das Grab zuerst geöffnet wurde und man den unerwarteten Blick auf die gestuften Wunderwerke des Vorkammers hatte, und der zweite, als die verzierte Tür erbrochen wurde und hinter ihr sich der große blaue Säulengang offenbarte, der das eigentliche Grabgemach verhielt. Jetzt wurde dieser Schrein entfernt, nachdem er in viele Jahrhunderte das Geheimnis sorgfältig behütet hatte. Noch ein großer Augenblick erwartet die Ausgräber: wenn der Deckel des Sarkophages gehoben und man den König in seiner Majestät des Todes darin sehen wird. Aber dieses letzte Erlebnis trat nicht ein.

Als wir durch das Vorzimmer auf den angebrachten Treppentritten in das Grabgemach hinabstiegen, die schlingenden alle die Berge höher, denn wir sollten, wenn wir unsere Erwartungen vernünftigen, Zeugen eines Vorganges sein, wie ihn noch kein anderer Mensch unserer Tage zu erleben Gelegenheit hatte. Wie auf Verabredung brachen wir taumelnd und wenn man sich etwas mittelste, gelang es in ebrüchlichen Schritten zu den Treppen, die zum Grabgemach führten. Nach dem Grabgemach standen wir über dem mit Gold vergoldeten Schrein mit seinen herrlichen Schmuck von helligen Reichen und leuchtenden Kränzen. Da die Türen von dem ersten Schrein entfernt worden waren, so sahen wir jetzt die Türen des zweiten Schreins in voller Ausdehnung vor uns, ganz vergoldet, aber und über bedeckt mit eingeschlagenen Metallspänen, die zu einem in verschiedenen Stellungen der Götterberechnung zeigten. Unten und oben war mit Gold mit eisernen Nägeln verflochten, und in der Mitte waren mit Schindeln Bronzebeschläge befestigt, an denen das Siegel noch unberührt war. Sorgfältig wurden die Schindeln gelöst, die Negel fortgezogen, und die Türen öffneten sich, um einen dritten Schrein zu enthüllen, ganz ähnlich im Schmuck wie die beiden anderen, aber mit über mit Gold belegt, mit ägyptischen Ebenholzregeln verflochten. Schindeln und Siegel noch in der ursprünglichen Lage; das Siegel in diesem Falle etwas abweichend von dem gewöhnlichen königlichen Totensiegel, das das Wappen des Königs Tutanchamon zeigt und die Darstellung eines Sphais, der über seine Fehnde triumphiert. An der Tür waren, auf dem Gold eingeschlagen, merkwürdige Figuren von Wörstchen der Unterwelt zu sehen. Bei jedem folgenden Schrein war das Gold flarer und heller, und da die einander folgenden Türen offenstanden ihre inneren Seiten mit Gold bedeckt wie die äußeren, so war das Bild glanzvoll, großartig, fast blendend in seiner Leuchten.

Es kann nicht bezweifelt werden, daß ein derartig starkes Beschäftigungsbild der Arbeiter und Erwerbslose diese Befehle Sade, vorübergehend der K. P. D. war, (obwohl die Arbeiter zumal die Herren Koenen und Müller diese Gelegenheit fast immer wahrnehmen, um entgegen den Gelegenheiten im Stadtparlament politische bzw. agitatorische Reden zu halten. Stadtv. Mahlo fährt dann aus:

„Ich möchte nicht unterlassen, was sich die Vertreter der K. P. D. verhalten würden, wenn seitens der bürgerlichen Parteien bei derartigen Anlässen durch ein Aufgebot von bürgerlichen Vertretern der Zubehörraum überflüllt und dadurch die bestmögliche Wirkung auf den Gemeindefeld erreicht würde, jedoch nicht unmöglich gemacht werden würde.

Die bürgerliche Partei hat es bisher abgelehnt und wird es sich auch weiterhin verweigern, zu derartigen Maßnahmen überzugehen, da sie den Sitzungssaal, in dem erste Arbeit für das Wohl der Stadt sowie die Gesamtheit der Einwohner und nicht nur die Durchsetzung von Sonderinteressen gelassen soll, als ein für den Zweck der öffentlichen politischen Agitationen unbrauchbar hält.

Um aber Vorkommnisse, wie sie sich in der Sitzung am 10. Dezember zugetragen haben, einerseits zu unterbinden, andererseits auch den Einwohnern der bürgerlichen Richtung die Möglichkeit zu geben, gemäß den ihnen zustehenden Rechten im Zubehörraum den Verhandlungen beizumischen und nicht zuletzt auch in Betracht des für solche Zwecke nicht ausreichenden Zubehörraums beantragte ich zu beschließen, daß die Zulassung zum Zubehörraum für künftig nur gegen besondere Ausweisekarten gestattet wird, von denen jeder Fraktion eine durch Beschluß der Stadtverordnetenversammlung festzulegende Anzahl im Verhältnis zur Stärke der Partei zur freien Verfügung auszubestimmen sind. Die Anweisung, welche das Stadtparlament für den Antrag abgegeben worden ist, lautet: „Es ist dadurch die Zulassung der Zuhörer nur gegen Ausweisekarten beschloffen wurde. Auch wir begrüßen die Annahme dieses Antrages, da es für die Pressefreiheit, deren Wahrung sich unmittelbar neben der Tribune befindet, keineswegs leicht und durchaus nicht geringfügig ist, bei den häufigen Zusammentreffen von bürgerlichen und sozialistischen Parteien gewissermaßen ihrer Arbeit gerecht zu werden.“

Nach Erledigung der Tagesordnung bittet der Stadtverordnetenvorsteher um die Ermächtigung, daß es nach vorbergangener Anfrage den Vertretern der höheren Klassen der hiesigen Schulen gestattet werden soll zum Zweck des Aufschreibens unterrichts in Bürger- und Staatskunde, mit ihren Schülern den Sitzungen beizumischen und daß in diesem Falle rechts vom Eingang einige Bänke aufgestellt werden, um den erwachsenen Zuhörern im eigentlichen Zubehörraum den Platz nicht wegzunehmen. Diesen Antrag wird seitens der Stadtverordneten zugestimmt.

Fortsetzung im Hauptblatt.

Bankzinsen und Wäpfer.

In den letzten Wochen sind die Beschwerden aus den Kreisen des Handels und der Industrie, namentlich der Mittelstände, über unerträgliche Bankbedingungen wieder häufiger geworden. Diese Klagen sind nicht unbegründet. Sie richten sich in erster Linie gegen das in letzter Zeit allzu häufig geübte Verfahren der Banken, in ausgedehntem Maße den Kunden Zinseszinsen zu berechnen. Es geschieht das gewöhnlich so, daß die Banken alle 10 Tage, häufig sogar täglich oder wöchentlich, anstatt wie früher halb oder vierteljährlich, den Saldo des Kunden feststellen und dann für diesen kurzen Zeitspannen Zinsen und Zinseszinsen berechnen. Aus dieser Art der Berechnung ergibt sich dem Kunden eine ganz erhebliche Belastung, die ihn besonders schwer trifft, wenn ihm nicht auch innerhalb der gleichen

kurzen Fristen Abrechnung erteilt wird, sondern ihm erst am Monats- oder Vierteljahresschluß Aufgabe über eine unerwartet hohe Zinsbelastung gemacht wird. So hat beispielsweise ein Kunde bei einem täglichen Zinsfuß von 6 Prozent und zahlreicher Feststellung des Saldo eines Schuldverhältnisses von 100 Millionen im Laufe des Monats nicht mit 180, sondern mit mehr als 300 Prozent zu verzinsen. Ob die Banken auf Grund der bestehenden Bestimmungen des Bürgerlichen und des Handels-Gesetzbuches zu einer solchen Zinsbelastung berechtigt sind, ist durchaus zweifelhaft. Begründete Ansprüche gegenüber den Kunden dürften wohl nur dann vorhanden sein, wenn dieser zumindest die Berechnung nachträglich, ausdrücklich oder stillschweigend anerkennt. Nun haben ja die Banken diesen kurzfristigen, vielfach täglichen Kontostorrenten-Beschlüssen, mit dem die hier behandelte Zinseszinsberechnung zusammenhängt, in der Periode der starken Geldverknappung eingeführt. Damals mögen die hohen Zinsen sowohl als dieses Verfahren berechtigt gewesen sein, da ja die Zinsen in solchen Zeiten in erster Linie den Charakter einer Wirtschafskorrektur für die drohende Geldverknappung haben. Da wird man eine solche Berechnung von Zinseszinsen in manchen Fällen zulassen müssen, um überhaupt einen Kredit zu ermöglichen. Als die Banken dann schließlich dazu übergingen, durch entsprechend hohe Zins- und Provisionsätze den Kredit zu verteuern, da haben sie leider die sich daraus ergebenden Einmahnen fast nur zur Deduktion ihrer Unkosten und zur Aufspülung von Gewinnen benützt, anstatt wenigstens einen Teil den Depostitengläubigern in Gestalt höherer Guthabenzinsen zugute kommen zu lassen. Jetzt aber, wo die Papiermarkt schon einige Wochen lang stabil ist, sind solche Zinsätze sowie das rigorose Verfahren in der Berechnung von Zinseszinsen nicht berechtigt und für die Wirtschaft nicht mehr tragbar. Sie führen, wie obiges Beispiel zeigt, zu geradezu phantastischen, von dem Schuldner im voraus meist nicht annähernd zu überschauenden Schuldsummen. Soweit die Kredite der produktiven Wirtschaft dienen, verteuern sie die Waren oder bringen eine Entwertung des notwendigen Kredits und damit des Geschäftes. Ehe der Kunde es ahnt, ist sein Konto überhäuft und er zu Verzäusen gezwungen. Das ist dann eine gänzlich Gelegenheit für kapitalfrüchtige Kreise und nicht zuletzt für die Banken selbst, die durch zahlreiche Zwangsverkäufe im Markt stark gedrückten Effekten zu erwerben. Aufgabe der Banken aber sollte es sein, Wirtschaft sowohl wie auch Kleinrentner zu fügen, statt auszunutzen.

Ein Eingreifen der Regierung ist hier unbedingt erforderlich, und es ist zu begrüßen, daß kürzlich die Bankbedingungen Gegenstand der Verhandlung zwischen dem führenden Berliner Banken und der Wasserpolizei gewesen sind. Ergebnis der Verhandlungen war, daß eine Kommission aus den Vertretern der verschiedenen Bankgruppen sowie der Industrie und des Handels als Arbitrationsinstanz gebildet wurde, die bei den einzelnen Fällen die Begutachtung übernehmen sollen. Es ist zu wünschen, daß man sich nicht nur mit einzelnen Fällen befaßt, sondern grundsätzlich die Bankbedingungen auf ihr rechtes Maß zurückführt. Inzwischen ist auch schon ein Fall rechtskräftig geworden. Ein Berliner Kaufmann hat gegen einen ihm angebrochenen Zwangsverkauf von Effekten wegen der durch Berechnung von Zinseszinsen hervorgerufenen Überschuldung seines Kontos einmündliche Verfügung auf Untersagung unter Androhung einer hohen Geldstrafe vom Landgericht 2 Berlin erwirkt. Denn tritt nicht bald eine Veränderung ein, so wird in vielleicht nicht allzu langer Zeit der sehr große Teil des Mittelstandes und der größte Teil der kleinen Effektenhandlungsgüter der Banken einverleibbar sein. (D.H.B.)

Amundsens Nordpolflug.

Eine Unterredung mit dem Polarforscher.

Der Kopenhagener Vertreter der Remorser Zeitung „World“ hatte eine Unterredung mit dem Polarforscher Amundsen, der bei dieser Gelegenheit seine Pläne für den bevorstehenden Flug zum Nordpol bekanntgab.

Amundsen erklärte, daß er den Forschungsflug im Mai beginnen wolle, weil diese Zeit, in der das Wetter am günstigsten sei, für Polarforscher besonders günstig sei. Er beginnt den Flug am 1. Mai, natürlich nicht vorausbestimmen, da dies vollständig von Wetter abhänge. „Doch da wir“, so fuhr Amundsen fort, „eine vorzügliche Ausstattung auf Eisbergern besitzen, wird es leicht sein, Weiterberichte von dieser Seite der Erdkugel zu erhalten, und sobald die Wetterverhältnisse in Alaska uns am Eisbergern günstig sind, werden wir fliegen. Wir gebeten, ein Schiff von nicht mehr als 600 Tonnen für den ersten Teil der Expedition zu benutzen, ein Schiff, gerade groß genug, um ein Flugzeug auf Deck unterbringen. Wahrscheinlich werden wir drei oder vier Maschinen mit uns nehmen. Der Flug muß ebenfalls vor Beginn des Sommeres unternommen werden, denn im August beginnen die Polarstürme, die in der Regel von furchtbaren Jagel- und Schneefällen begleitet sind. Man kann allerdings im arktischen Gebiet 90 Jahre leben, ohne fähig zu sein, die Wetterverhältnisse auch nur mit annähernder Genauigkeit herauszufinden. Die Expedition von 1922 schlug fehl, weil wir zu spät begannen, und die von 1923 beruhte, weil der Kampf unserer Flugzeuge Schaden erlitten hatte.“

Als Frage, ob die Möglichkeit besteht, Spuren von Pearys Nordpolpedition zu finden, wenn Scott auf dem Südpol eine nordwestliche Flage fand, so war das möglich, weil dies Gebiet kältestand, während am den Nordpol herum alles tauet. Was Peary an Pol hinterließ, Flugzeuge, Instrumente usw., ist schon lange von Eis vergraben worden. Ich nehme an, daß wir etwa 20 bis 25 Stunden brauchen werden um die 3000 Meilen, von Alaska nach Spitzbergen zu überfliegen. Ich bin jetzt hier in Kopenhagen, um den Kauf der Motoren für die Flugzeuge vorzunehmen. Die Flugzeuge werden mit einem Schiffsheber und Schrauben gebaut, so daß sie auf Wasser oder auf Eis landen können. Jede Maschine wird zwei Leute tragen, einen Piloten und einen Beobachter. Die Flugzeuge werden so wenig Proviant wie möglich und soviel Gasolin, wie sie nur befördern können, mitnehmen. Ich möchte nicht, daß das große Publikum diesen Polarflug als ein sportliches Abenteuer ansieht. Ich habe den Wunsch, geographische Untersuchungen und Beobachtungen von Millionen Quadratmeilen des Gebietes am Pol vorzunehmen. Wir werden von unserem Ausflug auch Filmaufnahmen machen.“

# Für Wenderung des Wahlrechts.

Verzicht einer neuen Regelung durch Volkseigenschaft.

Von besserer Seite wird dem „Tag“ geschrieben:

Die Vorbereitungen, die die sozialdemokratische Partei bereits seit Ende 1923 für die Neuwahlen trifft, haben in politischen Kreisen nicht ganz die Beachtung gefunden, die ihnen gebührt. Kurz vor der Annahme des Ermächtigungsgesetzes für das Kabinett Marx, hat die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages an der Hand sehr schnell Neuwahlen für die Frist von sechs Wochen herbeizuführen. Damals haben die Sozialdemokraten mit allen Mitteln und mit den für sie immerhin sehr schweren Opfern ihre Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz dahin gestellt, daß die Neuwahlen möglichst früh ausgeschrieben werden und eine Auflösung des Reichstages vor dem Ablauf der letzten Sitzungperiode im Juni d. J. nicht mehr in Betracht kommen sollte. Man sprach sogar in parlamentarischen Kreisen davon, daß die Sozialdemokraten der richtigen Einschätzung der für sie im Augenblick sehr günstigen Aussichten bei Neuwahlen irgendeine neue

## Finanzsicherung der Wahlen

Finanzsicherung der Wahlen bis mindestens am Herbst 1924 versuchen zu werden. Zur allgemeinen Überzeugung leitete die sozialdemokratische Partei dann aber den Wahlkampf durch einen Aufbruch am Neujahrstage ein, und seitdem ist in der sozialdemokratischen Presse fortgesetzt bei der Ankündigung der Beratungen von Parteimitgliedern der Wahlvorbereitung in einem solchen Umfang die Rede, daß man auf eine

## Wahlvorbereitung der Auflösung

des Reichstages und der Herbeiführung von Neuwahlen durch die Sozialdemokraten rechnen muß. Für Ende März ist ein Parteitag der Sozialdemokraten einberufen, auf dem offenbar die letzten Richtlinien für die Wahlen gegeben werden sollen, die nach einigen Vermutungen von den Sozialdemokraten noch vor Ostern herbeizuführen werden sollen. Der Grund dieses merkwürdigen Treibens der sozialdemokratischen Partei liegt auf der Hand. Es droht nämlich der ganzen Organisation der sozialdemokratischen Partei durch eine große Gefahr, daß sich in der letzten Zeit auch in parlamentarischen Kreisen Verleumdungen nach einer

## Wendung des geltenden Wahlrechts

Wendung des geltenden Wahlrechts bemerkbar gemacht haben. Diese Verleumdungen sind äußerlich am deutlichsten im Zentrum aufgetreten, sind aber auch von anderen Parteien öffentlich erwidert. Das Milieu- und Verhältniswahlsystem, das wir mit den Wahlen für die Nationalversammlung in Deutschland eingeführt haben, hat zur Begründung jener Partei- und Parteienzusammenschlüsse geführt, die eine der hauptsächlichsten Ursachen der verwerflichen Eintritten der inneren Politik seit der Revolution und zum Mangel an Entschlossenheit in außenpolitischen und wirtschaftlichen Fragen ist. Jetzt hat man die Aufstellung der jetzt bestehenden großen Wahlkreise in

## gang keine Wahl eise vorgeschlagen.

In diesen kleinen Wahlkreisen sollen die Abgeordneten von den Parteien aufgestellt und gewählt werden. Die Berechnung für die Zusammenfassung des Reichstages soll aber so erfolgen, daß die in einem großen Wahlkreis für die Angehörigen derselben Parteien abgegebenen Stimmen zusammenzurechnen werden und im übrigen nach dem jetzt geltenden System verfahren wird, nur mit dem Unterschied, daß

## nicht vorher Wisse

aufgestellt sind, sondern, daß die Reihenfolge der Namen auf den Wahlkreislisten sich nach der Höhe der Stimmenzahl richtet, die ein Abgeordneter in einem kleinen Wahlkreis erreicht hat. Dabei würde derjenige Abgeordnete einer Partei, der das höchste Stimmenergebnis erzielt, die Plätze an der nächsten Wahlperiode einnehmen, bis auch der nächste Anspruch auf die Führung der Liste seiner Partei im großen Wahlkreis haben. Mit dieser Wenderung glauben die unentwegten Anhänger des Verhältniswahlsystems die nötige Reform erledigt zu haben.

Man ist aber besonders von Zentrumseite darauf hinzu gedrungen worden, daß gerade die Verhältniswahl für das demokratische Regierungssystem am schlechtesten geeignet ist, weil sie die Auswirkung besonderer politischer Energien verhindert. Zu Übertragung des deutschen Regierungssystemes auf die Ziffern englischer Wahlen hat man festgestellt, daß in England bis 1922, als auch jetzt noch die meisten Wahlen durch den Wahlkreis des liberale-wegens kleiner Parteien ermöglicht, die wir kennen, wenn man das Verhältniswahlsystem angewandt hätte.

Umgekehrt hat man das englische Wahlrecht, das den Abgeordneten den Sitz nach Erlangung der relativen Mehrheit in seinem Wahlkreis zurührt, auf Deutschland übertragen und dabei festgestellt, daß zunächst das Gewicht von geographisch begrenzten Parteien, wie der Bayerischen Volkspartei, wesentlich größer sein würde, als beim Verhältniswahlsystem, daß insbesondere sich

die im Volke vorhandenen politischen Energien in weit größerem Maße auswirken würden. Es würde die Nationalversammlung nach den Sozialdemokraten beherrschend gewesen sein, wenn wir das englische Wahlrecht gehabt hätten. Der erste Reichstag würde ganz von den Mittelpartien beherrscht gewesen sein. Es würde in Deutschland keine Koalitionspolitik in dem verkehrlichen Sinne der letzten Jahre gegeben haben.

Aus solcher Erkenntnis heraus sind Verleumdungen für eine grundsätzliche Wenderung unseres Wahlrechts im Gange, und es ist nicht auszuschließen, wenn die Parteien des Reichstages sich der Aufgabe einer vernünftigen Reform des Wahlrechts gerade im Sinne der jetzigen Reichsversammlung widersetzen sollten, daß daraus ein neues Verhängnis über das Wahlrecht durch Volkseigenschaft gemacht wird.

Es würde ein solcher Gesetzentwurf durch Volkseigenschaft durchgesetzt werden können, wenn

1. ein Zehntel der stimmberechtigten Wähler Deutschlands einen entsprechenden Antrag stellen, und
2. da es sich um eine Verfassungsänderung handeln würde, die Mehrheit der stimmberechtigten Wähler Deutschlands, nicht etwa nur der abstimmen, sich dem Gesetzentwurf anschließen würden.

Vielleicht würde aber auch der Reichstag, dem zunächst Gesetzgebung durch Volkseigenschaft beschloßen werden sollen, vorgelegt werden müssen, unter dem Druck der öffentlichen Meinung von sich aus eine entsprechende Reform vorzunehmen. Jedenfalls ist das noch, bevor die Sozialdemokraten das Wahlsystem des Reichstages in Grund und Boden und Verhältniswahl aufgeben ist, mit einer überausbedingten Neuwahl vorgehen können, beim Wiederzusammentritt des Reichstages sehr ernste Bestrebungen auf Wenderung des jetzigen Wahlrechts zu erwarten.

## Abzicht, den Reichsgerichtsrat als Mittäter an dem Verbrechen zu betrachten,

abgehalten. Der Reichsgerichtsrat weiß auf Grund dieser seiner Erfahrungen darauf hin, welches aus jedes britischen Untertanen in Epeher warten könne. Die Separatisten, die jede Kritik in der Pfalz unterdrücken, wünschen, auch auswärtige Eintritte zu verhindern, Informationen zu erhalten. Ein Journalist könne dort seine Pflicht unparteiischer Berichtserstattung nicht erfüllen. Diese Gleichheit von Handlungen, Bestrafungen und Verurteilungen, Charaktere, die ihre augenfällige Stellung durch Niedermeßung und Gewaltanwendung erreicht hätten und die sich durch die schamlose Art von Tyrannat hielten, bekräftigten und bedrückten jeden britischen Untertanen.

Der Reichsgerichtsrat erklärt, die Wortart von vorgehen ist bei der unermesslichen Folgen einer Politik die eine der besteuerte Tränke wie die der sogenannten Regierung" aufrechterhalte.

## Die Gründung der Eisenbahn.

Berlin, 12. Januar. Auf die in einigen Berliner Morgenzeitungen vom 11. Januar verbreiteten Nachrichten über die Sanierung der Reichsbahn wird von zuständiger Seite mitgeteilt: Die Vorbereitungen zur Umwandlung der Reichsbahn in ein privatwirtschaftliches Unternehmen arbeiten der Privatunternehmung Klenz im Gange. Voraussichtlich werde demnächst näheres mitgeteilt werden können. Unabhängig davon sei der Reichsverkehrsminister sofort daran gegangen, die innere Wirtschaft des Unternehmens soweit wie möglich zu konsolidieren und der gegenwärtigen Lage anzupassen. Man könne schon jetzt die Erfolge der Sparmaßnahmen übersehen. Die auf den öffentlichen Haushalt entfallenden Betriebsausgaben einschließlich der Schuldzinsen würden am 1. Januar durch die Einnahmen aus dem Personen- und dem Gütertarif nur bedeckt. Die Ermäßigung der Gütertarife um 8 v. H. erfolge in der Hoffnung, daß der hierin liegende Anreiz für die Behebung des Betriebes die Einnahmen im ganzen günstig beeinflussen werde. Trotz der Abnahme der Betriebsrechnung sei noch keine Bedingung für die Bahn- und Nebenbahnen immer noch anhaltenden laufenden Ausgaben geflossen. Für die großen Bauten müssen jetzt Mittel aus bisher zur Verfügung liegenden Krediten verlangt, die die Reichsbahn sich selber selbst zu beschaffen habe. Man müsse berücksichtigen, daß der Reichsbahn die Einnahmen aus den betrieblichen Leistungen fehlen, der bis jetzt trotz der Abkommen mit der Regie, hat wie gar keine Frachten aus dem Übertragungsverkehr mit diesen Gebieten zufließen, und daß auch im übrigen Deutschland der infolge der Konsolidierung der Währung und der Befreiung der Wirtschaftslage zu erwartende Verkehrsaufschwung nur langsam eintrete.

## Unsalbsthülle.

Berlin, 10. Januar. Angesichts der furchtbaren Not der deutschen Kinder hat die Gewerkschaftskommission Luremburg eine Aktion eingeleitet, die die Unterbringung deutscher Kinder bei lurenburgischen Familien bezweckt. Obgleich haben die katholischen Männer- und Frauenorganisationen Luremburgs einen warmherzigen Aufruf zum Spenden für die Unterbringung der deutschen Kinder, der zweifellos großen Erfolg haben wird. Bereits am 28. Dezember hat das Hilfsverein „Hilfsmännern" den ersten Eisenbahnwagen mit Luremburgern nach Köln gebracht. Aus diesem Eisenbahnwagen sind bereits 1000 Kinder in Luremburg angekommen. Aus Paris hat eine Eisenbahn 3000 Frank überbracht, die zur Versorgung deutscher Kinder mit Milch bestimmt sind.

## Kommunistischer Terror.

Leipzig, 12. Januar. Wie es mit der ständig betonten Freiheit tatsächlich aussieht, bewies wieder einmal deutlich das Verhalten der Kommunisten in einer Wählerversammlung am Sonntag. Der völlige Wahlschub hatte eine Versammlung nach dem Scheitern des Reichstages im Leipzig. Schon lang vor Beginn mußte die Polizei in den Saal abziehen, da aus allen Richtungen ganze Truppen kommunisten anmarschiert kamen, um ihn zu besetzen. Als die Versammlung begann, war die gute Hälfte der Teilnehmer jugendliche Kommunisten.

Obwohl der Versammlungsleiter versicherte, daß in der Ausdrucks jede Parteirichtung zu Worte kommen könnte und obwohl der Redner des Abends, Behrmann, sein durchaus sachliches Verhalten mit Rücksicht auf eine eingehende Ausdrucks aufrechtsetzte, frey, wurde sich schon im Laufe zum Worte kommen und unterbrach ihn häufig durch Hohn und Pfeifen. Ebenso erging es dem Diskussionsredner der Sozialdemokratie, der bei den Wahlkreislisten von links seinen Vorschlag fand. Mit Begeisterung wurden dagegen die Redereien eines Kommunisten aufgenommen, der allerdings in dem Sozialdemokraten seinen guten Feind ließ, dafür aber versicherte, daß seine Partei, und wenn man noch Tausende ins Gefängnis sperre und ebensoviele an die Wand stelle, nicht ruhen werde, bis auch der letzte Bürger ein Parteimitglied sei.

Hänge, Klassenkampf bis aufs Messer müsse die Parole sein. Man konnte die Redebauter der Kommunisten keine Grenzen mehr. Vergleichlich suchte sich der Versammlungsleiter Gehör zu verschaffen. Immer wieder wurde die Internationale gebrellt, doch auf Gegenstand und die rote Armee ausgebracht. Dennoch gelang es nicht, irgendeinen der Beschlüsse zu produzieren obwohl man sichtbar darauf ausging, eine allgemeine Schlägerei herbeizuführen. Schließlich erdachte der Ruf:

## „Der Schtrupp ist bewaffnet.“

Im nächsten Augenblick häuften sich eine große Menge auf einen Versammlungsteilnehmer und behauptete, bei ihm einen Revolver gefunden zu haben. Schloß wurden geöffnet und der junge Mann schwer verprügelt. In diesem Augenblick griff die Polizei ein. Etwa 40 Mann führten mit Mauthausen in den Saal und nahden den Angehörigen in Saal. Die Kommunisten jedoch aus Unterdrückung des gefangenen kommunisten Schtrupp nach die Polizei nahm diese auf sofort vor, unterzog auch die hinter dem Saal gelegenen Räume einer Durchsuchung. Trotz der Behauptung der Kommunisten wurden keinerlei Waffen gefunden.

Da man den Hebern jeder weitere Agitationsstoff fehlte und sie die Dämmerlichkeit ihrer Saitung selbst einfließen, forderten sie ihre Leute auf, nach Hause zu gehen. Im geschlossenen Zuge trat der Ausmarschbeweis der rüchten die einzelnen Gruppen revolutionäre Absichten ab, wobei die Polizei nicht fürzte, daß den Einberufern der Versammlung nichts gefah und den jungen Mann wegbrachte, der am Kopf Verletzungen davongetragen hatte.

Die Versammlungspredigt vor von den Kommunisten von langer Hand vorbereitet und auch der Polizei bekannt. Erst im Umstand, daß diese infolge dessen ein sehr starkes Aufsehen erregte, wurde es ihnen klar, daß sie nicht zu schlimmeren Ausbreitungen waren.

## Der „Times“-Sonderberichterstatter äußert sich nochmals.

London, 11. Januar. Der „Times“ veröffentlichte einen ausführlichen Bericht ihres Sonderberichterstatters in Aberdeen, der nach dem Besuch des Reichsgerichtsrates in Aberdeen, die außerordentlichen Umstände, unter denen es ihm gelungen war, nach der Tat seine Meinung darüber telephonisch durchzugeben. Ein englisch sprechender Separatist habe vor ihm gestanden, während er telephoniert habe, und gesagt, daß er nicht etwa nur ein Wort gegen die sogenannte autonome Regierung äußere. Drei große Klobies mit Gewehr und blanken Säbeln bewaffnet hätten bereitgestanden, dieser Aufforderung nachzukommen.

Das Restaurant, in dem die Tat vollbracht worden sei, sei ungewöhnlich voll gewesen. Der Berichterstatter habe vorher eine Anzahl aufgestellter Leute beobachtet, die zusammengelesen hätten. Heinz habe an einem Tisch gesessen, an dem er sich mit dem Separatisten eingefunden habe, manches Mal sei er bis in die frühen Morgenstunden hinein geblieben, wobei es dann oft zu Streitigkeiten unter diesen „seinen Leuten“ gekommen sei. Bei dem Hin- und Herreden der Keller- und Kellereigemeinschaft, die hinter dem Tresor oder hinter dem Kellertisch saßen, habe er sich nicht an dem Tisch gehalten, sondern sei, als wenn er nicht da wäre, gegangen. Andere junge Leute hätten an diesem Tisch gesessen. Der Sonderberichterstatter schreibt weiter: Heinz sprang auf, drehte sich auf den Rücken herum und fiel dann tot auf den Boden. Die beiden anderen Männer an dem Tisch fielen vorwärts. Aus ihren Köpfen trübte Blut. Nach etwa 20 Minuten trafen Genarmen ein, Maffronner und separatistische Truppen, einige in grauen Uniformen und von einigen Ausnahmen abgesehen, der alte wohlbekannte Typ von Verbrechern und Querulanten.

deren Gewalttaten mit ausdauernder Hilfe die Errichtung der Herrschaft der sogenannten „Regierung“ erst möglich gemacht hätten. Nach dem Verlassen des Restaurants wurde der Berichterstatter auf der Straße innerhalb 6 Minuten dreimal nach Waffen durchsucht. Als er zu seinem Hotel zurückkehrte, forderte ein Journalist ihn auf, sich gegen die Regierung der sogenannten autonomen Regierung zu äußern, was er nicht tat, da die Engländer zählen hier nicht.

In demselben Augenblick sah der Separatistenführer Schütz-Epper, der sich Hauptpreussener nannte, den Sonderberichterstatter und sagte: „Mein Freund, ich habe Sie schon mal gesehen, und zwar in unserem Hauptquartier.“ Der Berichterstatter der Turnen bemerkte, daß er gar nicht im Hauptquartier der Separatisten gewesen ist, sondern, daß der Separatist Schütz-Epper ihn erst vor 20 Minuten gesehen hatte, als der Berichterstatter ihn gebeten hatte, sich heimlich zu sein, um die sterbenden Männer im Restaurant aus ihren Blutlachen zu nehmen. Obgleich Schütz-Epper bei der Schöpfung nicht anwesend war, bemerkte er eine Hüfte und klammerte sich fast daran an dem Arm des Berichterstatters, indem er rief: „Um Gottes willen, bleiben Sie bei mir, lieber Herr!“ Jetzt aber, in Anwesenheit seiner bewaffneten Anhänger habe der Separatist gemeldet mit Schütz-Epper wurde von einem französischen Genarmen, der behauptet die Papieren des Berichterstatters gelesen hatte, ansehend von Finer

## Turnen, Spiel und Sport.

### Die 1. Klasse im Saalraum.

Endlich wieder einmal ein Sonntag mit Fortschritten in den Turnkämpfen aus dem Saalraum. Alle vier angelegte Verbandsspiele konnten in der Vorklasse zur Erledigung kommen; die Ergebnisse sind folgende: Wader - Favorit 5:2, Borussia - Sportfreunde 6:1, 96-Salle - Preußen-Komet 2:0, 98-Salle - W. f. l. Merseburg 1:0. Die Tabelle hat nun folgendes Aussehen:

1. Klasse	Wader	Borussia	96-Salle	98-Salle	W. f. l. Merseburg	Favorit	Preußen-Komet
Wader-Dalle	11	10	1	—	40:10	21	1
Sportfreunde 96-Salle	10	6	2	2	14:8	14	6
W. f. l. Halle (96)	11	7	1	3	23:14	15	7
Borussia-Halle	10	4	3	3	20:16	11	9
W. f. l. Merseburg	10	4	1	5	11:17	9	11
Sportfreunde-Halle	10	3	1	6	17:23	7	12
Favorit-Halle	10	3	1	6	16:27	7	13
Sportpreier 1499-Merseburg	9	1	3	6	6:15	5	13
Preußen-Komet-Halle	11	1	1	9	5:34	3	19

### 2. Jahrschwimmen in Halle am 17. Februar 1924.

Wie uns von zuverlässiger Seite mitgeteilt worden ist, soll am 17. Februar 1924 in Halle das diesjährige 2. Jahrschwimmen vor sich gehen. Großes Interesse wird dieser Veranstaltung entgegengebracht, da der 1. Vorfrühling der Deutschen Turnerschaft, Dr. Esler Berger und Robert Braun, Schwimmsport der Deutschen Turnerschaft, ihr Erscheinen angekündigt haben. Dieses 2. Jahrschwimmen ist offen für die Schwimmer der gesamten Deutschen Turnerschaft. Näheres darüber geben wir noch bekannt.

### Rückfragen für Reichsjugendwettkämpfer.

Wie das Reichsministerium des Innern mitteilt, sind von der Ehrenrunde des Reichspräsidenten angelehrt der außerordentlichen Steigerung der Papierpreise nur 20 000 Mark in Auftrag gegeben worden. Der Vorbildführung Turngau ist daher nur in der Höhe für 10 Prozent der Teilnehmer Turnen ausgeteilt. Der Verband wird nach Eingang der Urkunden unter Nachnahme der Verbandskosten geschlehen.

### Eindringliche Trennung zwischen Turnen und Sport.

Die Scheidung zwischen Turnen und Sport fördert rüthig vorwärts. Nach einer Mitteilung des Vorstandes der Deutschen Turnerschaft haben neunzehntel sämtlicher Turnvereine diese Trennung hinter sich. Die Zahl derer, die aus der Deutschen Turnerschaft austreten, ist ganz gering.

**Stechenpferd-Seife**  
die beste Eilennische  
für zarte weiche Haut